

Entwicklungspolitik

OTTO SCHMUCK

Die Bekämpfung des Hungers in der Welt erhält in der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit der Gemeinschaft einen zunehmend größeren Stellenwert. Die anhaltend schlechte Ernährungslage in den südlich der Sahara gelegenen Ländern Afrikas bestimmte 1984 über weite Strecken die Diskussion der mit Entwicklungsfragen befaßten EG-Institutionen und EPZ-Gremien. Dies spiegelte sich auch in den Verhandlungen der Gemeinschaft mit nunmehr 66 Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifik, den sogenannten AKP-Staaten, um ein Nachfolgeabkommen für das Ende Februar 1985 ausgelaufene zweite Lomé-Abkommen wider. In Lomé III, das am 8. Dezember 1984 in der Hauptstadt Togos unterzeichnet wurde, kommt der ländlichen Entwicklung die erste Priorität zu¹. Selbst der Europäische Rat befaßte sich auf seiner Dubliner Tagung im Dezember mit den Ernährungsproblemen Afrikas².

Herausragende Ereignisse 1984

- Nach umfangreichen Vorbereitungen der Gemeinschaftsinstitutionen und nach einer Verhandlungsdauer von mehr als 14 Monaten wurde in Lomé das dritte Abkommen zwischen 65 AKP-Staaten und der Gemeinschaft abgeschlossen³. Lomé III baut auf den Erfahrungen seiner Vorgänger auf, enthält jedoch einige neue Elemente und Schwerpunktsetzungen sowie eine Ausweitung der Mittel für die finanzielle Zusammenarbeit.
- Der Rat verabschiedete am 4. Juni nach Stellungnahme des Europäischen Parlaments ein Kooperationsabkommen zwischen der Andenpaktgruppe (Bolivien, Kolumbien, Ecuador, Peru, Venezuela) und der Gemeinschaft⁴.
- Bei der 4. Generalkonferenz der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO), der wichtigsten globalen Nord-Süd-Veranstaltung des Jahres, die vom 2. bis 20. August in Wien stattfand, konnten die Auffassungsunterschiede der Teilnehmer, insbesondere zum Problem einer globalen Umschuldungsvereinbarung, nicht überbrückt werden. Auch die EG-Staaten konnten sich bei der Stimmabgabe über die Schlußerklärung nicht auf eine gemeinsame Linie einigen: Belgien, die Bundesrepublik Deutschland und das Vereinigte Königreich enthielten sich, während die anderen EG-Staaten zusammen mit den Entwicklungsländern den aufgestellten Forderungen zustimmten⁵.

- Die neunte Jahrestagung der Beratenden Versammlung AKP-EWG fand vom 19.–21. September in Luxemburg statt. Wichtigste Beratungsthemen waren die in der Schlußphase befindlichen Verhandlungen zu Lomé III, Fragen des Umweltschutzes, der Fischerei und die Probleme im südlichen Afrika⁶.
- Am 28. und 29. September trafen in San José de Costa Rica die Außenminister der zehn EG-Staaten, der beiden Beitrittsländer Portugal und Spanien, der fünf Mitglieder des mittelamerikanischen gemeinsamen Marktes (Guatemala, El Salvador, Honduras, Nicaragua, Costa Rica) sowie die Mitglieder der Contadora-Gruppe (Kolumbien, Mexiko, Panama, Venezuela) zusammen. Themen der Konferenz waren die Verbesserungen des politischen Dialogs zwischen der Gemeinschaft und Mittelamerika, die wirtschaftliche Kooperation zwischen beiden Regionen und die Möglichkeiten einer verstärkten Finanzhilfe der Gemeinschaft an Mittelamerika⁷.

Das dritte Lomé-Abkommen

Die seit 1975 praktizierte Lomé-Zusammenarbeit wird trotz vorhandener Probleme und zum Teil enttäuschender Ergebnisse, vor allem im Gebiet der Handelspolitik und der Ernährungssicherung, von allen Beteiligten als überwiegend positiv eingeschätzt. Die Bereitschaft zur Fortsetzung der Kooperation dokumentierte sich in der am 8. Dezember erfolgreich abgeschlossenen Aushandlung des dritten Lomé-Vertrages.

Die Positionen der Gemeinschaft waren bereits frühzeitig auf der Grundlage eines Memorandums der Kommission vom 4.10.1982⁸ und einer ausführlichen Debatte des Europäischen Parlaments am 15. September 1983⁹ vom Rat festgelegt worden. Die feierliche Eröffnung der Verhandlungen erfolgte im Oktober 1983 in Luxemburg auf Ministerebene. Die Hauptarbeit der Aushandlung wurde in den darauffolgenden Monaten auf Botschafterebene geleistet, wobei die Gemeinschaft von der Kommission vertreten wurde¹⁰. Besonders kontroverse Fragen, wie die Methode des Politikdialogs, die Aufnahme von Menschenrechts- und Investitionsschutzklauseln oder auch die Höhe der Finanzhilfe waren Beratungsgegenstand in insgesamt sechs Ministertreffen, ehe im November 1984 die Verhandlungsphase mit der Einigung über die Ausstattung des 6. Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) abgeschlossen werden konnte. Einmal mehr bewährte sich das bilaterale Verfahren der Aushandlung, wonach nicht alle 75 an der Lomé-Zusammenarbeit beteiligten Staaten ihre jeweiligen unterschiedlichen Vorstellungen einzeln einbringen, sondern zwei Staatengruppen auf der Grundlage von intern abgeklärten gemeinsamen Positionen nach tragfähigen Vereinbarungen suchen.

In vielen Problembereichen konnten für beide Seiten befriedigende Kompromisse gefunden werden, doch zeigte sich die AKP-Seite nach Abschluß der Verhandlungen über die als zu gering empfundene Finanzhilfe enttäuscht¹¹. Mit Bedauern wurde von der Gemeinschaft zur Kenntnis genommen, daß An-

gola, obwohl es an den gesamten Verhandlungen teilgenommen hatte, sich im Gegensatz zu Mosambik zunächst noch nicht zur Unterzeichnung entschließen konnte. Der Beitritt wurde jedoch im April 1985 vollzogen. Der Inhalt von Lomé III orientiert sich, auch wenn der formale Aufbau des Abkommens erheblich verändert wurde und einige neue Elemente hinzukamen, am Besitzstand von Lomé II. Erstmals wurde mit den Artikeln 1–25 dem Vertrag ein Grundsatzzkapitel vorangestellt, in dem die langfristigen Ziele, die Prinzipien, die Schwerpunktsetzungen, die Instrumente und die Institutionen der Kooperation definiert werden¹². Dieses Vorgehen bietet den Vorteil, daß hier die wesentlichen Elemente der AKP-EWG Kooperation deutlich herausgestellt werden, die auch für künftige Abkommen in der Lomé-Tradition Bestand haben dürfen. Bei der Festlegung der Prinzipien und Ziele wird erstmals auf die Respektierung der menschlichen Würde und auf die besondere Rolle der Frau im Entwicklungsprozeß hingewiesen.

In Artikel 192 von Lomé III wird das Prinzip des ‚Politikdialogs‘ vereinbart, wenn auch der Begriff selbst vermieden wurde. Dieses Konzept, das von dem bis Dezember 1984 für Entwicklungsfragen zuständigen EG-Kommissar Edgard Pisani offensiv in die Diskussion getragen worden war, hatte zunächst zu Mißverständnissen und Irritationen der Entwicklungsländer geführt¹³. Es sieht die gemeinsame Festlegung des betreffenden Entwicklungslandes und der EG auf die vorrangigen Entwicklungsziele und eine gemeinsame Verantwortung für deren Verfolgung vor. Grundidee hierbei ist es, daß das Entwicklungsland selbst die Entwicklungsprozesse in Gang setzen muß, die von der EG mit deren finanziellen, technischen und administrativen Ressourcen nach Kräften unterstützt werden. Punktuelle Einzelmaßnahmen – dies hatte die Vergangenheit deutlich gezeigt – bleiben ohne erkennbare Auswirkungen.

Neue Schwerpunkte setzt Lomé III im Bereich des Umweltschutzes (Erhaltung des Ackerbodens, Bekämpfung von Wüstenbildung und Bodenerosion), der sozio-kulturellen Kooperation und der Fischerei. Erstmals wird dem zunehmenden Flüchtlingsproblem in der AKP-Region Rechnung getragen, indem für die Eingliederung von Flüchtlingen in ihre jeweiligen Aufnahmeländer eine Finanzhilfe bereitgestellt wird. Neu ist die Vereinbarung, daß künftig auch Unterhaltungsmaßnahmen für Projekte finanziert werden können. Die handelspolitischen Regelungen von Lomé II wurden in dem neuen Abkommen weitgehend übernommen. Weiterhin existiert zwischen der EG und den AKP-Staaten eine „Freihandelszone der Einbahnstraße“, in die alle Produkte mit Ausnahme der sensiblen Agrarerzeugnisse einbezogen sind. Die AKP-Staaten konnten sich mit ihrer Forderung nach einer völligen Öffnung des EG-Marktes auch für ihre landwirtschaftlichen Produkte nicht durchsetzen. Im Hinblick auf eine Reform des STABEX-Systems war die Gemeinschaft nur in beschränktem Maße bereit, auf die Vorstellungen der AKP-Staaten einzugehen¹⁴. Vereinbart wurde eine Mittelausweitung für STABEX von 550 auf 925 Mio. ECU und die Einbeziehung von drei weiteren Produkten in das Exporterlös-System. Stärkere

Bedeutung soll künftig der Kontrolle der Mittelverwendung beigemessen werden.

Die traditionell erst in der Schlußphase in Angriff genommene Aushandlung des Finanzvolumens von Lomé III gestaltete sich, wie nicht anders zu erwarten war, als äußerst schwierig. Einem ersten Angebot der Gemeinschaft vom 10. Oktober 1984 in Höhe von 7,0 Mrd. ECU standen Forderungen der Entwicklungsländer von 10 Mrd. ECU Finanzhilfe gegenüber. Vor allem die deutsche und die niederländische Regierung sprachen sich gegen substantielle Mittelaufstockungen aus, während sich Franzosen und Italiener zu größeren Zugeständnissen bereit zeigten¹⁵. Erst nach einer längeren Verhandlungspause kam schließlich am 23. November die Einigung auf einen Betrag von insgesamt 8,5 Mrd. ECU, dies entspricht 18,955 Mrd. DM für die fünfjährige Laufzeit zustande. Hiervon werden 7,4 Mrd. ECU über den Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) und 1,1 Mrd. ECU über die Europäische Investitionsbank (EIB) bereitgestellt. Einmal mehr wurde die Forderung des Europäischen Parlaments nach einer Einbeziehung des EEF in den Gemeinschaftshaushalt nicht erfüllt.

Finanzhilfe Lomé III im Vergleich zu Lomé II

	Lomé II (in Mio. DM)	Lomé III (in Mio. DM)
A. Europäischer Entwicklungsfonds (EEF)		
Zuschüsse	6 685	10 838
davon: Projekte und Programme	(5 845)	(9 723)
Sofort-/Flüchtlingshilfe	(450)	(647)
Zinszuschüsse	(390)	(468)
Rückzahlbare Hilfen	1 802	2 676
STABEX-Mittel	1 242	2 063
SYSMIN-Mittel	629	925
EEF gesamt	10 358	16 502
B. Mittel der Europäischen Investitionsbank (EIB)	1 974	2 453
Finanzhilfe gesamt	12 332	18 955

Der Gesamtbetrag ist für alle AKP-Staaten, die an den Verhandlungen teilnahmen, vorgesehen, einschließlich Angola und Mosambik, und umfaßt bereits die Beiträge Spaniens und Portugals nach deren Beitritt zur EG.

2,23 Mrd. DM der Finanzhilfe sind für Maßnahmen der regionalen Zusammenarbeit mehrerer AKP-Staaten bestimmt (Lomé II: 1,34 Mrd. DM)

Quelle: Eigene Berechnungen auf der Grundlage von Zahlengaben der Kommission. Zur Umrechnung wurde der Kurs vom 20.2.1985 zugrundegelegt (1 ECU = 2,23 DM)

Weltweite Entwicklungskooperation

Abgesehen von der von einer großen Medienaufmerksamkeit begleiteten Mittelamerika-Konferenz in San-José/Costa-Rica am 28./29. September stand die weltweite Entwicklungszusammenarbeit der Gemeinschaft 1984 deutlich im Schatten der Neuaushandlung des Lomé-Abkommens und der Bekämpfung der akuten Hungerprobleme in Afrika. Bei der Konferenz von San-José waren zwölf europäische (alle EG-Mitglieder plus Spanien und Portugal) und neun mittel- und südamerikanische Länder vertreten. Auf lateinamerikanischer Seite wurden im Verlauf der Zusammenkunft große Erwartungen deutlich, die sowohl auf finanzielle Hilfeleistungen, als auch auf eine politische Unterstützung der Europäer bei der friedlichen Lösung der in Mittelamerika vorhandenen Konflikte abzielten. Im Schlußkommuniqué der Konferenz wurden die weitgehende Übereinstimmung der Positionen und das Ziel einer intensivierten wirtschaftlichen und entwicklungspolitischen Kooperation festgehalten¹⁶. Bereits 1985 soll die Hilfe der Gemeinschaft und ihrer Mitgliedstaaten an die mittelamerikanischen Länder um 50 Prozent auf etwa 60 Mio. ECU aufgestockt werden. Die Teilnehmerstaaten vereinbarten eine Fortsetzung des Dialogs auf der Ebene der Minister oder hoher Beamter.

Für die Hilfe an die sogenannten nichtassoziierten Entwicklungsländer, zu denen neben den lateinamerikanischen auch alle asiatischen gehören, standen 1984 insgesamt 218 Mio. ECU für Verpflichtungen und 118 Mio. ECU für Zahlungen zur Verfügung. Wie bereits in den Vorjahren sind 75 % der Mittel für Asien, 20 % für Lateinamerika und 5 % für die nichtassoziierten Länder Afrikas vorgesehen¹⁷. Will die Gemeinschaft ihre Verpflichtungen von San-José erfüllen, werden im Bereich der Nichtassoziiertenhilfe in den kommenden Jahren Mittelausweitungen notwendig werden.

Die Kooperation mit den Ländern im südlichen und östlichen Mittelmeerraum wurde planmäßig mit der Bindung der Mittel für die zweiten Finanzprotokolle, die bis zum 31. Oktober 1986 gelten, fortgesetzt¹⁸. In den Zusammentreffen zwischen Vertretern dieser Staatengruppen und der EG waren regelmäßig die Befürchtungen der südlichen Mittelmeeranrainer, aufgrund der Süderweiterung könnte sich ihr Zugang zum EG-Markt verschlechtern, ein zentrales Verhandlungsthema¹⁹. Die enge Kooperation der EG mit den ASEAN-Staaten wurde 1984 fortgeführt. Auf einer gemeinsamen Außenministertagung im November in Dublin wurde das Kooperationsabkommen EWG-ASEAN auf das neue ASEAN-Mitglied Brunei-Darussalam ausgeweitet. Wenig Fortschritte ergaben sich im Berichtsjahr in der Fortsetzung des europäisch-arabischen Dialogs. Die Kommission kündigte allerdings zur Jahreswende 1984/85 ein verstärktes Engagement der Gemeinschaft in dieser Region an²⁰.

Anspruch und Realität der EG-Entwicklungspolitik

Zieht man nach zehn Jahren AKP-EWG-Zusammenarbeit, dem Kernstück der EG-Entwicklungspolitik, eine vorläufige Bilanz, so ergibt sich – zumindest für das südlich der Sahara gelegene Afrika – ein düsteres Bild:

- Nach Angaben der Weltbank ist die Nahrungsmittelversorgung in dieser Region pro Kopf in den letzten zehn Jahren um 20 Prozent gesunken²¹. Schwarzafrika muß heute pro Jahr etwa zehn Mio. Tonnen Getreide importieren.
- Seit 1981 sind die durchschnittlichen Brutto-pro-Kopf Einkommen in Schwarzafrika pro Jahr um etwa 4 Prozent gefallen. Gegenwärtig leben in dieser Region etwa 60 % der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze von 410 US-Dollar pro Jahr. Nach Schätzungen von Experten wird dieser Anteil bis zum Jahr 2000 auf 80 % steigen²².
- Der Anteil der AKP-Staaten an allen Importen der Gemeinschaft sank im Zeitraum von 1974 bis 1982 von 8,1 auf 5,5 Prozent. Sogar unter den Entwicklungsländern sank die Bedeutung der AKP-Staaten von 17,0 auf 13,8 %. Dies stellt eine bedeutende Verschlechterung der relativen Position dieser Ländergruppe dar²³.
- Die weltweite Rezession bewirkte zudem einen allgemeinen Rückgang der Rohstoffpreise²⁴. Rückblickend kann festgestellt werden, daß sich die 1975 bei Einführung des STABEX-Systems vorgetragene Einschätzung, wonach dieses zwar ein „Versicherungssystem mit beschränkter Haftung“, nicht aber ein System zur Wohlstandsmehrung darstellt, bewahrheitete.

Aufgrund dieser ungünstigen Rahmenbedingungen wirft die Ernährung der Bevölkerung für viele schwarzafrikanische Regierungen bereits in ‚normalen‘ Wirtschaftsjahren erhebliche Probleme auf. Finanzielle Rücklagen oder Nahrungsmittelvorräte für schlechte Erntejahre sind kaum vorhanden. Größere Ausfälle in Dürreperioden, wie sie nach 1982 in der Sahel-Zone und im südlichen Afrika auftraten, können von den betroffenen Staaten aus eigener Kraft kaum gemeistert werden. Die EG, die seit Jahren der Hungerbekämpfung in ihrer entwicklungspolitischen Zusammenarbeit einen hohen Stellenwert einräumt, konnte mit ihren umfangreichen Maßnahmen 1984²⁵ eine kontinuierliche Verschlechterung der Situation in Afrika nicht verhindern.

Die möglichen Ursachen hierfür sind vielfältig: Zum einen ist die Höhe der bereitgestellten Mittel im Verhältnis zu den vorhandenen Problemen unzureichend. Rechnet man beispielsweise die Lomé-Hilfe pro Kopf der Begünstigten aus, so kommt man auf einen Betrag von weniger als zehn DM pro Jahr oder 0,03 DM pro Tag. Zum zweiten verstärken falsch konzipierte Entwicklungsprojekte die vorhandenen Probleme oder helfen den Geberländern mehr als den Empfängern. Beispielsweise wurden in der Sahelzone durch falsche technische Hilfe Tiefbrunnen gebohrt, die den Prozeß der Wüstenbildung noch beschleunigten. Auch die Vergabe von Nahrungsmitteln kann, wenn sie langfri-

stig angelegt und nicht in integrierte Selbstversorgungsprogramme eingebunden ist, mehr schaden als nutzen.

Der am 31.12.1984 vorgelegte Jahresbericht des Rechnungshofes für 1983 macht zudem auf zahlreiche Mißstände bei der Verwaltung der EG-Entwicklungshilfe aufmerksam²⁶. Sicherlich wird der Großteil der Programme und Maßnahmen ordnungsgemäß abgewickelt, doch zeigt die Arbeit der Rechnungsprüfer auch vorhandene Problemfelder auf: Als Skandal ist es zu bezeichnen, daß die durchschnittlichen Durchführungsfristen bei der Nahrungsmittelhilfe für Getreide bei 419 Tagen, bei Milchpulver bei 526 Tagen und bei Butteröl bei 578 Tagen lag, gerechnet vom Beginn des Haushaltsjahres bis zum Eintreffen der Sendung im Bestimmungshafen des Empfängerlandes²⁷. Bei diesen langen Lieferzeiträumen ist es kaum verwunderlich, daß, wie mehrfach geschehen, die Lebensmittel bei ihrer Ankunft für den menschlichen Verzehr nicht mehr geeignet waren. Nach Angaben des Rechnungshofes waren für 1983 insgesamt 1,38 Mio. Tonnen Getreide als Nahrungsmittelhilfe verfügbar, von denen jedoch trotz anhaltender Hungerprobleme in den Bestimmungsländern und überquellender Lager in der Gemeinschaft nur 0,76 Mio. Tonnen vergeben wurden²⁸. Auch in anderen Bereichen der EG-Entwicklungspolitik deckte der Rechnungshof erhebliche Mißstände auf. Von 239,8 Mio. ECU, die 1983 für Zahlungen an nichtassoziierte Entwicklungsländer zur Verfügung standen, wurden nur 138,1 Mio. verausgabt, von den 147,9 Mio. ECU für Sondermaßnahmen sogar nur 66,6 Millionen. Insgesamt lag die Verwendungsrate der in Titel 9 des EG-Haushaltes enthaltenen Finanzhilfe für Entwicklungs- und Drittländer bei nur 62,6 %. 1982 hatte diese Rate noch bei 65,3 %, 1981 sogar bei 71,6 % gelegen²⁹. Offensichtlich ist die Kommission nicht dazu in der Lage, einen kontinuierlichen und zugleich zweckmäßigen Mittelabfluß zu gewährleisten. Das Europäische Parlament wies bei seiner Entscheidung vom 14.11.1984, der Kommission die Entlastung für das Haushaltsjahr 1982 zu verweigern, ausdrücklich auch auf die Schwächen der Kommission bei der Verwaltung der Nahrungsmittelhilfe hin³⁰.

Ausblick

1984 wurden in vielfältiger Weise die Unzulänglichkeiten und die ausbleibenden Erfolge der EG-Entwicklungspolitik deutlich. Daneben sollten jedoch die erfolversprechenden Ansätze nicht in Vergessenheit geraten. Die Fortführung der Lomé-Zusammenarbeit, an der nahezu die Hälfte aller souveränen Staaten beteiligt sind, konnte für weitere fünf Jahre sichergestellt werden. Neuartige Konzepte, wie der Politikdialog und die Nahrungsmittelstrategie werden in der Praxis erprobt, bewährte Instrumente, wie das STABEX-System und die Förderung der regionalen Zusammenarbeit, verbessert. Positiv hervorzuheben ist auch der Beitrag des Europäischen Parlaments und des Rechnungshofes bei der Kontrolle der Mittelverwendung.

Am 4. Dezember 1984 wurde von den Regierungen der Mitgliedstaaten eine

neue Kommission ernannt³¹. Mit Vizepräsident Lorenzo Natali, der für Lomé und die Süderweiterung zuständig sein wird, und mit Claude Cheysson, der bis 1981 der Kommission bereits als Entwicklungskommissar angehörte und danach das Amt des französischen Außenministers übernahm, für allgemeine Nord-Süd-Fragen und die Mittelmeerpolitik wurden zwei engagierte und erfahrene Europapolitiker mit der EG-Entwicklungspolitik betraut. Diese Konstellation läßt hoffen.

Anmerkungen

- 1 Das 3. Lomé-Abkommen ist vollständig in französischer und englischer Sprache dokumentiert in „Le Courier/The Courier“, No. 89, Jan./Febr. 1985.
- 2 Siehe Dokument Nr. 8 in diesem Band.
- 3 Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 18. Gesamtbericht über die Tätigkeit der Europäischen Gemeinschaften 1984, Brüssel/Luxemburg 1985, S. 312–315 (im folgenden abgekürzt: 18. Gesamtbericht . . . 1984).
- 4 Bulletin der EG, 6/1984, S. 86.
- 5 Bulletin der EG, 7–8/1984, S. 76f.
- 6 ABl. der EG, C 282 v. 22.10.1984.
- 7 Bulletin der EG, 9/1984, S. 14–21.
- 8 Siehe hierzu: Die Entwicklungspolitik der Europäischen Gemeinschaft, Memorandum der Kommission an den Rat vom 4.10.1982, Bulletin der EG, Beilage 5/1982.
- 9 Vgl. den Bericht des Abgeordneten Irmer über das Umfeld des Nachfolgeabkommens von Lomé II, Sitzungsdokumente des Europäischen Parlaments 1–605/83.
- 10 Zum Verhandlungsprozeß und zu den Ergebnissen vgl. aus europäischer und aus AKP-Sicht: Dieter Frisch, „Lomé III“ – Das neue Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den AKP-Staaten, in: Europa-Archiv, Bonn 1984, Folge 3, S. 57–68; Edwin W. Carrington, Lomé III: Ein dritter Anlauf zur wirtschaftlichen und sozialen Zusammenarbeit, in: Projekt Europa, Straßburg, Nr. 26–27, Dezember 1984, S. 15–29.
- 11 Ebenda, S. 25 sowie Friedhelm Mensing, Lomé III setzt neue Akzente in der Zusammenarbeit, in: Entwicklung und Zusammenarbeit, Bonn 1985, Nr. 3, S. 23.
- 12 Siehe Le Courier, No. 89, Jan./Fev. 1985, pages jaunes 10–13; siehe auch Dokument Nr. 6 in diesem Band.
- 13 Edgard Pisani, Die Europäische Gemeinschaft und die Nord-Süd-Frage, in: Europa-Archiv, Bonn 1983, Folge 19, S. 589–598, bes. S. 594f.
- 14 Das STABEX-System wurde in Lomé I erstmals vereinbart und dient zur Stabilisierung der Exporterlöse ausgewählter, zumeist agrarischer Rohstoffe, vgl. hierzu Detlef Radke, Stabilisierung der Rohstoffpreise – Perspektiven für Lomé II, in: Afrika-Spectrum, Pfaffenhofen 1978, Nr. 3, S. 261–267.
- 15 Agence Europe, Nr. 3947 v. 12.10.1984, S. 6.
- 16 Siehe Bulletin der EG, 9/1984, S. 9–14.
- 17 18. Gesamtbericht . . . 1984, a.a.O., S. 329.
- 18 Ebenda, S. 326.
- 19 Ebenda, S. 302.
- 20 Im November 1984 wurden zwischen der Kommission und dem Kooperationsrat der Golfstaaten Möglichkeiten eines Kooperationsabkommens zwischen beiden Regionen ausgelotet, vgl. 18. Gesamtbericht . . . 1984, a.a.O., S. 304; C. Cheysson, in der neuen Kommission für die Mittelmeerpolitik zuständig, kündigte am 17.2.1985 eine Wiederbelebung des europäisch-arabischen Dialogs an, vgl. Agence Europe, Nr. 4038 v. 28.2.1985, S. 11.
- 21 World Bank, Towards Sustained Development in Sub-Saharan Africa, Washington 1984, die Angaben sind entnommen aus: Gerd G. Klöwer, Anhaltende Entwicklung oder Verelendung? Der Weltbankbericht zur Lage Afrikas südlich der Sahara, in: Entwicklung und Zusammenarbeit, Bonn 1985, H. 34, S. 20f.
- 22 Ebenda.
- 23 Angaben nach Eurostat; vgl. Adrian Hewitt, The Lomé-Conventions: Entering a second decade, in: Journal of Common Market Studies, Oxford 1984, H. 2, S. 102, ähnliche An-

- gaben finden sich auch bei Carrington „Lomé III“, a.a.O., S. 17.
- 24 Vgl. Eberhard von Pilgrim, Rohstoffe in der Diskussion um eine Neue Weltwirtschaftsordnung, in: Peter J. Opitz, Die Dritte Welt in der Krise, München 1984, S. 81–96.
- 25 Vgl. dazu u.a. 18. Gesamtbericht . . . 1984, a.a.O., S. 30f.; Schlußfolgerungen des Europäischen Rates in Dublin, Dokument Nr. 8 in diesem Band; „Sonderprogramm zur Bekämpfung des Hungers in der Welt“, im EG-Haushalt 1984, in: ABl. der EG, L 12 v. 16.1.1984, S. 874.
- 26 Rechnungshof, Jahresbericht zum Haushaltsjahr 1983 zusammen mit den Antworten der Organe, ABl. der EG, C 348 v. 31.12.1984.
- 27 Ebenda, S. 94.
- 28 Ebenda, S. 92f.
- 29 Ebenda, S. 90.
- 30 ABl. der EG, C 337 v. 17.12.1984.
- 31 18. Gesamtbericht . . . 1984, S. 35f.

Weiterführende Literatur

- Carrington, Edwin W., Lomé III: Ein dritter Anlauf zur wirtschaftlichen und sozialen Zusammenarbeit, in: Projekt Europa, Straßburg 1984, Nr. 26–27, S. 15–29.
- Dolan, Michael B., The changing face of EEC Policies towards the developing countries: Reflection of economic crisis and the changing international division of labour, in: Revue d'Integration Européenne/Journal of European Integration, Montreal 1984, Nr. 2–3, S. 161–196.
- Faber, Gerrit, The European Community and Development Cooperation. Integration in the light of development policies of the Community and its member states, Assen: Van Gorcum 1982.
- Ders., The Third World and the EEC, Den Haag: Novib 1982.
- Frisch, Dieter, „Lomé III“ – Das neue Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den AKP-Staaten, in: Europa-Archiv, Bonn 1985, Folge 3, S. 57–68.
- Hedrich, Manfred u. Klaus Frhr. von der Ropp, Chancen einer Neubestimmung EWG-AKP, in: Außenpolitik, Hamburg 1983, Nr. 4, S. 348–361.
- Hewitt, Adrian, The Lomé Conventions: Entering a second decade, in: Journal of Common Market Studies, Oxford 1984, Nr. 2, S. 95–116.
- Pisani, Edgard, Die Europäische Gemeinschaft und die Nord-Süd-Frage, in: Europa-Archiv, Bonn 1983, Folge 19, S. 589–598.
- Ders., La main et l'outil – Le développement du Tiers Monde et l'Europe, Paris: Robert Laffont 1984.
- Schmuck, Otto u. Wolfgang Wessels, Europa als Partner der Dritten Welt. Die Europäische Gemeinschaft: durch gemeinsames Handeln Probleme besser bewältigen (= Inter Nationes, Sonderdienst 3–84), Bonn 1984.
- Stevens, Christopher (Hrsg.), EEC and Third World, a survey 4: Renegotiating Lomé, London: Hodder and Stoughton 1984.